

Unverkäufliche Leseprobe



Jan C. Jansen / Jürgen Osterhammel
Dekolonisation

Das Ende der Imperien

144 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-65464-0

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/12332495>

I. Dekolonisation als Moment und Prozess

«Dekolonisation» ist ein technischer und undramatischer Begriff für einen der dramatischsten Vorgänge der neueren Geschichte. Man kann diesen historischen Prozess mit einer Doppeldefinition fassen, die ihn nicht chronologisch unbestimmt hält, sondern eindeutig in der Geschichte des 20. Jahrhunderts verankert: Dekolonisation ist demnach

erstens die gleichzeitige Auflösung mehrerer interkontinentaler Imperien innerhalb des kurzen Zeitraums von etwa drei Jahrzehnten (1945–75), verbunden mit,

zweitens, der historisch einmaligen und voraussichtlich unumkehrbaren Delegitimierung jeglicher Herrschaft, die als ein Untertanenverhältnis zu Fremden empfunden wird.¹

Alternative Definitionsversuche setzen andere Akzente. Der Historiker Prasenjit Duara etwa betont weniger den Zerfall von Imperien als den *lokalen* Machtwechsel in spezifischen Kolonien, wenn er Dekolonisation bestimmt als «den Prozess, durch den Kolonialmächte die institutionelle und rechtliche Herrschaft über ihre Territorien und abhängigen Gebiete an formal souveräne Nationalstaaten übertrugen, deren Regierungen aus den jeweiligen Ländern heraus gebildet wurden». Auch er fügt einen normativen Aspekt hinzu: Die Ablösung politischer Ordnungen sei eingebettet in einen globalen Wertewandel. Sie bedeute einen Gegenentwurf zum Imperialismus im Namen von «sozialer Gerechtigkeit und politischer Solidarität».²

Es ist aber ebenso möglich, sehr konkret und pragmatisch danach zu fragen, wann die Dekolonisation eines bestimmten Gebietes abgeschlossen ist. Eine schlichte Antwort würde lauten: wenn eine lokal gebildete Regierung die Amtsgeschäfte übernommen hat, die völkerrechtlichen und symbolischen Formalitäten des Souveränitätswechsels vollzogen sind und der neue

Staat – meist schon nach wenigen Monaten – in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde.

Im Vergleich zu anderen gebräuchlichen Kategorien der Zeitgeschichte wie «Kalter Krieg» oder «Globalisierung» handelt es sich bei «Dekolonisation» – «Dekolonisierung» und «Entkolonialisierung» sind schwerlich bessere Alternativen³ – um einen wenig anschaulichen Terminus aus der Verwaltungspraxis. Der Begriff ist mithin keine Kategorie, die sich Historiker oder Sozialwissenschaftler im Nachhinein ausgedacht haben. Man findet ihn in winzigen Spuren schon vor 1950, in signifikanter Häufigkeit aber erst seit Mitte der 1950er Jahre, also – wie wir im Rückblick wissen – auf dem Höhepunkt eben jener Entwicklungen, die er beschreibt.⁴

Es handelte sich zunächst um ein Wort aus dem Sprachschatz von Praktikern und Zeitzeugen. Das, was uns heute als sein kühler und technischer Charakter erscheint, spiegelt eine damals verbreitete politische Vorstellung. Die politischen Eliten in Großbritannien und Frankreich, den letzten verbliebenen Kolonialmächten von Rang, glaubten in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, die Übergabe der Regierungsgewalt an «vertrauenswürdige» einheimische Politiker in den bis dahin kolonial beherrschten Gebieten steuern, nach eigenen Vorstellungen gestalten oder notfalls verhindern zu können. Man hoffte, dass solche Übergänge sich langwierig, also eher in Jahrzehnten als in wenigen Jahren, und friedlich vollziehen würden. Ebenso bestand die Erwartung, dass die neuen unabhängigen Staaten – nicht ohne Dankbarkeit für langjährige koloniale «Partnerschaft» – harmonische Beziehungen zu ihren früheren Kolonialmächten pflegen würden. In diesem Sinne wurde Dekolonisation als Strategie und politisches Ziel der Europäer verstanden, das mit Geschick und Entschlossenheit zu erreichen sei.

Der tatsächliche Verlauf der Dekolonisation hatte nur in wenigen Fällen mit einem solch geordneten und steuerbaren Vorgang zu tun. Die Machbarkeit des Prozesses wurde von der historischen Wirklichkeit, zahlreichen Eigendynamiken, Beschleunigungen, unintendierten Nebenwirkungen oder auch historischen Zufällen infrage gestellt. Während nicht wenige Kolo-

nialexperten nach 1945 in Asien das Ende kolonialer Herrschaft ins Auge fassten, waren sich fast alle von ihnen in dem Glauben an eine dauerhafte koloniale Zukunft in Afrika einig – ein Irrtum, wie sich bald herausstellen sollte. Dekolonisation war somit auch die fortwährende Enttäuschung einer imperialen Illusion der Permanenz. Sie markiert einen intensiven historischen Moment, dessen genauer Ausgang nicht von vornherein feststand. Konkurrierende Optionen wurden durchdacht, verhandelt, von den Ereignissen überholt und manchmal auch wieder vergessen. Es stellt heutige Historiker vor eine große Herausforderung, diese Offenheit der Zukunft in den Augen der Zeitgenossen im Rückblick nicht zu dem oberflächlichen Eindruck zu verflachen, es hätte alles so kommen müssen, wie es kam.⁵

Auch wenn sie im Einzelfall friedlich ablaufen mochte, war Dekolonisation als Gesamtprozess eine gewaltsame Angelegenheit. Die Teilung Indiens 1947 (mit circa 15 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen die größte zeitlich komprimierte Zwangsmigration des 20. Jahrhunderts), der Algerienkrieg der Jahre 1954–62 und der Indochinakrieg von 1946–54 gehören zu den auffälligsten Gewaltereignissen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auf den indonesischen Inseln herrschte zwischen 1945 und 1949 ein blutiges Chaos.⁶ In all diesen Fällen ist es fast unmöglich, genaue Opferzahlen zu nennen. Das Bild wird noch düsterer, wenn man den Koreakrieg (1950–53) und den Krieg zwischen den USA und dem vietnamesischen Nationalkommunismus (1964–1973) als Folgekriege von Dekolonisationen betrachtet und auch Bürgerkriege einbezieht, die unmittelbar oder kurz nach der Dekolonisation stattfanden (Kongo, Nigeria, Angola, Mosambik usw.). Die Konfrontation von Aufständischen und Kolonialmächten wurde teilweise mit großer Brutalität ausgetragen. In manchen Fällen, zum Beispiel Kenia, ist deren Ausmaß erst in den letzten Jahren bekannt geworden.⁷ Einige andere Ereignisse, zum Beispiel die grausame (und erfolgreiche) Repression des Aufstandes im französischen Madagaskar 1947–49, sind aus dem öffentlichen Bewusstsein nahezu völlig verschwunden.⁸

Inzwischen ist die Dekolonisation abgeschlossen. Lebten

noch 1938 schätzungsweise 644 Millionen Menschen in Ländern, die als Kolonien, Protektorate oder «abhängige Gebiete» (*dependencies*) deklariert wurden (die britischen Dominions nicht mitgerechnet), so registrieren die Vereinten Nationen heute nur noch 16 besiedelte «Territorien ohne Selbstregierung» mit insgesamt etwa 2 Millionen Einwohnern als «remaining to be decolonized».⁹ Nicht alle dieser letzten kolonialen Untertanen, zum Beispiel die 29 000 Bewohner Gibraltars, verspüren einen starken Drang zu *self-government*.

Der Begriff der Dekolonisation hat sich noch während der großen Veränderung von den Illusionen der damaligen europäischen Akteure gelöst und eine weiter gefasste Bedeutung angenommen. Als knappes Etikett bezeichnet er, was der Historiker Dietmar Rothermund «vielleicht den wichtigsten historischen Prozess des 20. Jahrhunderts» genannt hat.¹⁰

Souveränität und Normenwandel

Der Untergang des Kolonialismus stellt sich aus anderer Perspektive als das Ende der europäischen Übersee-Imperien dar. «The end of Empire» ist deshalb ein in der englischsprachigen Literatur gebräuchliches Synonym für «Dekolonisation». Diese Redeweise macht deutlich, dass Dekolonisation nicht nur einen tiefen Einschnitt in der Geschichte ehemals kolonisierter Länder bedeutete, sondern auch mehr als eine Fußnote in der Geschichte Europas ist. Sie führte als «Europäisierung Europas» dazu, «dass Europa auf sich selbst zurückgeworfen wurde»,¹¹ veränderte die Stellung des Kontinents im internationalen Machtgefüge und stand in Wechselwirkung zur supranationalen Integration der europäischen Nationalstaaten, die mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 einen ersten Höhepunkt erreichte.

Überseereiche, in denen weißhäutige und christliche Europäer über (in der Regel) Nicht-Weiße und Nicht-Christen herrschten, waren seit der Zeit um 1500 allmählich aufgebaut worden, so gut wie nie systematisch geplant und meist durch das Zusammenspiel von vager Vision und improvisierender Nutzung von Chancen vorangetrieben.¹² Alle diese Reiche wa-

ren Flickenteppiche, keines war einheitlich durchorganisiert. Die außereuropäischen Territorien wurden in einer großen Fülle unterschiedlicher Rechtskonstruktionen den jeweiligen europäischen Metropolen als «Kolonien» untergeordnet. Die politische Idee des Nationalismus mit ihrem Ziel des unabhängigen Nationalstaates änderte im 19. Jahrhundert an den kolonialen Realitäten wenig. Nur im spanischsprachigen Süd- und Mittelamerika wurde ein großes Imperium durch eine Vielzahl unabhängiger Staaten ersetzt.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs war das Britische Empire das einzige wahrhafte Welt-Reich, da es auch Australien und Neuseeland umfasste, also auf sämtlichen Kontinenten vertreten war. Drei weitere Merkmale machten es einzigartig: Erstens herrschte es innerhalb der geographischen Grenzen Europas auch über Europäer: Malta (ab 1814) und Zypern (ab 1878) waren britische Kolonien; Korfu und die Ionischen Inseln waren es von 1815 bis 1864 gewesen. Irland hatte einen abhängigen Sonderstatus im Vereinigten Königreich, der von irischen Nationalisten als kolonieähnlich betrachtet wurde. Zweitens gehörten zum britischen Reichsverband mehrere Länder, die *self-governing* waren, d. h. unter der lockeren Oberaufsicht der britischen Krone ihre politischen Angelegenheiten in demokratischen Institutionen und Verfahren selbst regelten. Ab 1907 war für sie der Sammelbegriff «Dominions» gebräuchlich.¹³ Seit der Zusammenfassung mehrerer einzelner Besitzungen zur Südafrikanischen Union im Jahre 1910 handelte es sich um die vier Proto-Nationalstaaten Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika; in Südafrika war allerdings die schwarze Bevölkerungsmehrheit vom politischen Prozess ausgeschlossen, eine Tendenz, die sich um die Mitte des 20. Jahrhunderts noch verschärfte. Drittens besaß unter allen europäischen Kolonialmächten allein Großbritannien die militärischen Ressourcen (besonders zur See) und die ökonomische Stärke (besonders als Zentrum der globalen Finanzwelt), um auch jenseits der Kolonien oder – etwas weniger direkt verwalteten – «Protektorate» einen starken internationalen Einfluss in Übersee auszuüben. Von einem solchen «informal empire», das aber nirgends kon-

kurrenzlos und unangefochten blieb, lässt sich am Vorabend des Ersten Weltkriegs vor allem in China, dem Iran, im Osmanischen Reich und in einigen Teilen Südamerikas sprechen. Für «formal» plus «informal empire» ist die Bezeichnung «British world-system» vorgeschlagen worden.¹⁴

Die anderen Imperien waren nach Fläche und Bevölkerungszahl kleiner. Das französische Reich war immerhin in Südostasien, Nord- und Westafrika, der Karibik und Polynesien präsent. Portugal beanspruchte die Kontrolle über Gebiete im südlichen Afrika (vor allem Angola und Mosambik), Belgien in seinem Teil des Kongo über das Herz des afrikanischen Kontinents; die deutsche Flagge wehte über einer verstreuten Ansammlung von Kolonien in Afrika, China und der Südsee, die italienische seit 1911 über Libyen, und die Niederlande besaßen mit «Ostindien» (dem heutigen Indonesien) eine der bevölkerungs- und ressourcenreichsten Kolonien der Welt. Allein das in der frühen Neuzeit ausgedehnte und mächtige spanische Reich war seit dem Verlust Kubas und der Philippinen, der auf die Niederlage im Krieg von 1898 zwischen Spanien und den USA folgte, auf minimale Reste reduziert. Mit Ausnahme des deutschen Kolonialreichs überstanden alle diese Imperien den Ersten Weltkrieg und retteten sich, wie angeschlagen auch immer, sogar über den Zweiten Weltkrieg hinweg.¹⁵ 1975 waren sie verschwunden. Das älteste der europäischen Überseereiche, das portugiesische, war auch das letzte, das sich – während der Revolution im Mutterland 1974 – auflöste.

Aus einer Welt imperialer Blöcke und Abhängigkeitsbeziehungen wurde im Verlauf eines «kurzen» 20. Jahrhunderts ein Mosaik politisch autonomer Staaten, die ihre jeweilige «Souveränität» eifersüchtig verteidigten, und sei es nur mit symbolischen Gesten. Der logisch negativ gefasste Begriff der *De-Kolonisation* als Beseitigung von Fremdherrschaft kann auch positiv umgedeutet werden: Dekolonisation als Apparatur zur seriellen Produktion von Souveränität, gewissermaßen als Souveränitätsmaschine, die nach einem völkerrechtlichen Standard genormte politische Einheiten hervorbringt: Staaten mit abgegrenztem Staatsgebiet, mit eigener Verfassung, Rechtsordnung,

Regierung, Polizei, Flagge und Nationalhymne. So gesehen, ist Dekolonisation als statistischer Trend fassbar: einerseits als Verringerung der Zahl von Kolonien von 163 im Jahre 1913 auf 68 (1965) und 33 (1995),¹⁶ andererseits als aufwärtsstrebende Kurve der quantitativen Zunahme von Völkerrechtssubjekten, mit anderen Worten: von Staaten, die durch die bereits bestehende Staatengemeinschaft als gleichberechtigt und keiner höheren Autorität unterworfen anerkannt werden.

Der Völkerbund wurde 1919 von 32 solcher souveränen Staaten gegründet, davon 9 aus Lateinamerika; aus ganz Asien waren nur Japan, China und Siam (seit 1939 «Thailand») vertreten, aus Afrika allein Südafrika und Liberia (de facto ein Schutzgebiet der USA). Die Gründungsmitglieder Kanada, Neuseeland, Australien und Südafrika stellten streng genommen als Dominions keine voll souveränen Nationalstaaten dar; das sollten sie formal erst 1931 durch das Westminster-Statut werden.¹⁷ Und dass die klassische Kolonie Indien unter den Völkerbundsgründern firmierte, war teils als symbolische Honorierung des indischen Kriegseinsatzes zu verstehen, teils als Zugeständnis einer verkappten zweiten Stimme an Großbritannien, die stärkste Macht in der neuen Weltorganisation.

1945 wurden die Vereinten Nationen von 51 Staaten gegründet, also nicht wesentlich mehr als die Zahl der Urmitglieder des Völkerbundes 1919.¹⁸ Dies deutet darauf hin, dass sich unterdessen die politische Landkarte der Erde nicht drastisch verändert hatte. Noch immer waren Afrika und große Teile Asiens – insbesondere das fast vollständig kolonisierte Südostasien – ohne eigene Stimme auf der Weltbühne. 1957 war die Zahl von 82 Mitgliedern erreicht, vor allem durch den Beitritt asiatischer Länder und solcher europäischer Staaten, die 1945 noch nicht beteiligt waren. Dann kamen allein im Jahre 1960 18 Neumitgliedschaften hinzu. 1975 war die Zahl von 144 Mitgliedern erreicht. Heute sind es 193 Mitglieder, darunter Zwerge wie die Inselrepublik Nauru im Pazifik mit 10 000 Einwohnern. Die olympische Weltbewegung in Gestalt des IOC – nach den UN heute die zweitwichtigste globale Organisation – erkennt sogar 204 Länder mit einem eigenen «Nationalen» Komitee an.

Da neue Staaten selten aus dem Nichts entstehen, verdanken sie ihre Existenz in fast allen Fällen der Ablösung von einer größeren politischen Einheit, also in der Regel einem Imperium oder einer Föderation. Meist überlebt die Metropole den Verlust ihrer Peripherien und schrumpft auf ihren Kern zurück: Vom französischen Weltreich bleibt das «Hexagon», vom Osmanischen Reich die Türkische Republik, von der Sowjetunion die Russische Föderation. In selteneren Fällen (die Habsburgermonarchie 1918, Jugoslawien nach 1991) zerfällt der umfassendere Verband und lässt nichts als Nachfolgestaaten übrig. Die Bildung neuer Nationalstaaten durch Zusammenfügung kleinerer Elemente war schon im 18. und 19. Jahrhundert eher selten (die USA, Italien und Deutschland, in mancher Hinsicht auch Kanada und Australien sind die wichtigsten Beispiele); im 20. Jahrhundert ist sie nur noch ausnahmsweise vorgekommen. Das 20. Jahrhundert war eine Epoche der geopolitischen Fragmentierung. Die meisten der 193 Mitglieder der Vereinten Nationen sind post-koloniale oder post-imperiale Staaten. Für den Historiker bedeutet dies: Sie haben eine koloniale oder imperiale Vergangenheit, die so gut wie nie ohne Auswirkungen auf ihr heutiges Selbstverständnis geblieben ist.

Es gab – und gibt bis heute – Hierarchien und Abhängigkeiten aller Art. In vielen Fällen ist die so heiß begehrte Souveränität unvollständig, denn zahlreiche Staaten könnten im Konfliktfall ihr Territorium nicht mit eigenen militärischen Mitteln schützen, und manche von ihnen wären ohne Transferzahlungen von außen wirtschaftlich nicht lebensfähig. Dennoch: in der heutigen Welt gibt es nicht mehr jene offen zutage liegenden Kommandostrukturen zwischen sich kulturell fremden Gesellschaften, die man mit den Begriffen «Metropole» und «Kolonie» bezeichnet.¹⁹ War um 1913 in Asien, Afrika, der Karibik und dem Pazifik der Status eines Gebiets als Besetzung einer fernen Macht nichts Ungewöhnliches, so waren bis 1975 Kolonien nicht nur – bis auf Hongkong, Rhodesien/Simbabwe und Südwestafrrika/Namibia sowie kleine Territorien mit geringer Bevölkerungszahl – faktisch verschwunden, sondern auch moralisch und völkerrechtlich verpönt.

Der Kolonialismus endete aus einer Vielzahl von Gründen. Eine der wichtigsten Ursachen seiner Auflösung war, dass er in den Augen einer wachsenden Zahl von Menschen in den Kolonien ebenso wie in den Metropolen allmählich seine Daseinsberechtigung verlor. Dieser Wandel im weltweiten Meinungsklima wurde schon 1960 sichtbar und rechtsverbindlich, als die Vollversammlung der Vereinten Nationen in ihrer völkerrechtlich epochemachenden Resolution 1514 erklärte: «Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung; kraft dieses Rechts bestimmen sie frei ihren politischen Status und verfolgen frei ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.»²⁰ Zugleich wurde «die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Herrschaft und Ausbeutung», also auch Kolonialismus, zu Verbrechen gegen das Völkerrecht erklärt; eine große Frage blieb und bleibt allerdings: was unter «fremd» zu verstehen sei.

Dekolonisation hat, so kann man zusammenfassen, eine strukturelle und eine normative Seite: Sie bedeutet einen radikalen Umbau der internationalen Ordnung und durch die Ächtung von Kolonialismus – und des ihn ideologisch flankierenden Rassismus – zugleich eine Umkehrung jener Normen, die bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts lange Zeit das Verhältnis der Völker und Staaten zueinander bestimmten.